

Der geehrte Naziarzt

Heinrich Siebert soll das Bundesverdienstkreuz aberkannt werden

Von Bernd Bexte

Herford (HK). Dr. Heinrich Siebert war in der NS-Zeit Amtsarzt des Herforder Gesundheitsamtes und ein überzeugter Nationalsozialist. Trotz dieser Vergangenheit und seiner Verstrickung in die Rassepolitik der Nazis wurde ihm 1961 für seine »Verdienste um das öffentliche Gesundheitswesen« das Bundesverdienstkreuz verliehen. Eine Initiative will nun, dass ihm die Ehrung aberkannt wird.

Laut den Unterlagen des »Kuratoriums Erinnern Forschen Gedenken« war Siebert von 1935 bis 1945 zunächst als Stellvertreter und später als Leiter des Gesundheitsamtes für mindestens 188 Zwangssterilisationen verantwortlich. Etwa die der Herforderin Else Gothe. Die 25-Jährige war Hausangestellte und fiel auf, weil sie »aufmüpfig« war. Sie habe öfter die Stelle gewechselt, sei uneinsichtig und geistig zurück geblieben. Diagnose: angeborener Schwachsinn. Siebert beantragt 1937 ihre Zwangssterilisation. Sein Gutachten ging an das damalige Erbge-

sundheitsgericht. Es war Teil der Sozial- und Gesundheitspolitik der Nationalsozialisten. Durch Rassenhygiene sollte erbkranker Nachwuchs ausgeschlossen werden.

»Ärzte haben sich ganz deutlich entgegen ihrem Heilauftrag schuldig gemacht. Das können wir so nicht stehen lassen«, sagt Dr. Wolf Müller, selber Mediziner und seit Jahren Mitglied des Kuratoriums. Er und Helga Kohne haben sich mit der NS-Vergangenheit von Heinrich Siebert befasst und die Ergebnisse in einer Dokumentation zu-

»Ärzte haben sich entgegen ihrem Heilauftrag schuldig gemacht.«

Dr. Wolf Müller

sammengestellt. Siebert war demnach neben seiner Funktion als Amtsarzt des Gesundheitsamtes auch Mitglied der NSDAP und des NS-Ärztebundes sowie Leiter der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Seine Karriere setzte er in der



Dr. Heinrich Siebert blieb auch nach der NS-Zeit Amtsarzt. Er starb 1967.

.... Foto: Kommunalarchiv

Bundesrepublik nahtlos fort. »Es ist so viel an Universitäten, Krankenhäusern und Arztpraxen verschleiert worden. Wir wollen nicht nur erreichen, dass einem Täter das Bundesverdienstkreuz entzogen wird, sondern auch einen Anstoß für weitere gesellschaftliche Debatten geben«, erklärt Helga Kohne, die sich seit Jahrzehnten für NS-Opfer einsetzt.

Zahlreiche Fälle, in denen Siebert Untersuchungen und Intelligenztests durchgeführt habe, seien dokumentiert. Hinzu kämen von ihm erstellte Gutachten, wie das zu Else

Gothe. Das Kuratorium hat die Dokumentation jetzt Landrat Jürgen Müller überreicht. »Ich unterstütze die Arbeit des Kuratoriums. Viele Denunzianten in Deutschland und auch im Kreis Herford waren Beamte. Es war, ist und bleibt wichtig, für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen einzutreten«, sagt Müller. Er will die Unterlagen nun prüfen lassen und dann an die Bezirksregierung Detmold weitergeben, der zuständigen ersten Instanz für die mögliche Aberkennung eines Bundesverdienstkreuzes.

Wie sehr Siebert von der NS-Ideologie durchdrungen war, zeigt auch dieses Beispiel: Als das Gelände zwischen Vlothoer Straße und Bismarckstraße 1938 zum Neubaugebiet erklärt wurde, unterzog der Medizinalrat potenzielle Bewohner einer erbbiologischen Begutachtung. Zwei Bewerbern attestierte er, dass sie als »erbbiologisch minderwertig« anzusehen seien. Bei zwei weiteren äußerte er einen »Verdacht auf erbbiologische Minderwertigkeit«. Sie durften dort nicht wohnen.

Kommentar

Die Tatsache, dass Dr. Heinrich Siebert in die Verbrechen der Nazis verstrickt war, ihm dies nach dem Krieg aber nicht zum Schaden gereichte und er 1961 das Bundesverdienstkreuz erhielt, ist lange bekannt. Ein Skandal ist diese für viele Nazis beispielhafte Karriere dennoch. Sie zeigt, wie gewissenlos und unverantwortlich nach dem Krieg die Schuld verdrängt wurde. Aber macht es Sinn, 58 Jahre nach Verleihung des Bundesverdienstkreuzes einen früheren NS-Täter zu »entehren«? Ja, macht es. Denn die jetzige Generation trägt die Verantwortung für den Umgang mit der Geschichte. Dem Kuratorium und Landrat Müller gebührt deshalb Anerkennung. Bernd Bexte



Landrat Jürgen Müller (links) hat der Initiative seine Unterstützung zugesagt. Friedel Böhse, Helga Kohne und Wolf Müller über-

reichen ihm die von ihnen zusammengestellten Unterlagen, um einen Verdienstordensentzug prüfen zu lassen.